Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 262. **Donnerstag** den 18. September 1884. **78. Jahrgang.**

Bestellungen auf das vierte Quartal 1884 des

Leipziger Tageblattes

(Auflage 18,600)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark **Beilegegebühren** unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß, tabellarischer und Ziffer-Satz dagegen nach höherem Tarif berechnet. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Es berichtet im Allgemeinen über den Gang der Ereignisse in übersichtlicher Kürze und über die großen Tagesfragen der inneren und äußeren Politik in populären Artikeln mit größter Ausführlichkeit. Das Tageblatt behandelt die localen und sächsischen Angelegenheiten in eingehender Weise und referirt über Theater, Musik, Literatur, Kunst und Wissenschaft. Die Verhandlungen des Reichstages und des sächsischen Landtages erscheinen in Originalberichten.

Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage“ bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im September 1884.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das am 9. dieses Monats auf den **Abbruch** versteigerte, dem Johannishospitale gehörige, in Reudnitz an der äußeren Hospitalstraße gelegene ehemalige **Bahnwärterhaus** der alten fiscalischen Verbindungsbahn ist dem **Höchstbieter** zugeschlagen worden und werden daher die übrigen Bieter in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen ihrer **Gebote** hiermit **entlassen.**

Leipzig, den 15. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Die bei dem hiesigen Leihhause in den Monaten **September, October, November** und **December 1883** versetzten **oder erneuerten Pfänder,** die weder zur Verfallzeit noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht bis zum 30. September a. c. eingelöst werden, sollen den **3. November d. J. und folgende Tage** im Parterre-Locale des Leihhauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten versetzten Pfänder nach dem 30. September d. J. und spätestens am 4. October a. c. nur unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark des Darlehns **eingelöst oder nach Befinden erneuert** werden; vom 6. October d. J. an, an welchem Tage der Auctionskatalog geschlossen wird, kann **lediglich die Einlösung** derselben unter Mitentrichtung der Auctionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der **ganzen Forderung** des Leihhauses stattfinden, und zwar nur bis zum **30. October d. J.,** von welchem Tage ab Auctionspfänder unwiderruflich **weder eingelöst noch prolongirt** werden können. Es hat also vom 1. November d. J. an Niemand mehr das Recht, die Einlösung solcher Pfänder zu verlangen, und können dieselben daher von den Eigenthümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Erstehens wieder erlangt werden.

Dahingegen nimmt das Geschäft des Einlösens und Versetzens anderer Pfänder während der Auction in den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.

Leipzig, den 15. September 1884.

Des Raths Deputation
für Leihhaus und Sparcasse.

Logisvermiethung.

Im Seitengebäude des Grundstücks **„rothes Collegium“,** Ritterstraße Nr. 10, ist im ersten Geschoß eine **Wohnung,** bestehend **aus zwei Stuben, drei Kammern, Küche und Bodenraum,** vom 1. Januar 1885 an auf **drei** Jahre im Wege der Licitation unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern anderweit zu vermiethen.

Reflectanten haben sich hierzu
Montag, den 22. September 1884,
Vormittags 11 Uhr,
im **Universitäts-Rentamte** einzufinden und **ihre Gebote abzugeben.**
Die Bedingungen liegen daselbst **zur Einsicht aus.**

Leipzig, am 12. September 1884.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Königlich Sächsische Staatseisenbahnen.
Bekanntmachung.

Der mittelst Bekanntmachung der unterzeichneten Betriebs-Oberinspection vom 2. huj. für den **20. September a. c.** angelegte Termin, betreffend die Vermiethung von Plätzen zur Aufstellung von Privatgeschirren auf dem hiesigen Kohlenbahnhofe (Bayerischer Bahnhof), wird **nicht** abgehalten.

Leipzig, am 17. September 1884.

Königliche Betriebs-Oberinspection I.

Nichtamtlicher Theil.

Zum französisch-chinesischen Conflict.

Frankreich gefällt sich seit dem Bombardement von Foutschou darin, seine Absichten in China in den Schleier des Geheimnisses zu hüllen. Courbet hat einen Plan, mit welchem er die Welt um den 23. September überraschen wird. Die Minister halten in Paris geheime Berathungen, über welche nur unklare Berichte in die Oeffentlichkeit dringen, und China wird unwillkürlich in diese Geheimnißthuerei mit hineingerissen, und verhält sich seit einiger Zeit auffallenderweise scheinbar unthätig. Dazu kommt, daß in Paris von ernsthaften Blättern die seltsamsten Gerüchte verbreitet werden. Danach wäre Ferry während seines Urlaubs beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen, wo sich der Reichskanzler bekanntlich seit längerer Zeit gar nicht aufgehalten hat, und dort sollen natürlich wichtige Abmachungen erfolgt sein, welche auf die Haltung Frankreichs China gegenüber ihre Rückwirkung äußern.

Man sollte daraus schließen, daß eine Vermittelung Deutschlands in der chinesischen Frage bevorstehe, die Regierung ist aber selbst beflissen, solcher Auffassung entgegen zu treten. Denn sie läßt durch eines ihrer Organe verkünden, daß weder die Regierung noch die öffentliche Meinung in Frankreich irgend welche schiedsrichterliche Entscheidung annehmen würden. Es fragt sich nur, ob nicht dieses „irgend welche“ doch eine Einschränkung zuläßt und ob nicht damit lediglich die englische Vermittelung von der Hand gewiesen werden soll. England würde die Rolle des Vermittlers sicherlich gern übernehmen, denn dadurch erhielte es Gelegenheit, sein durch die egyptische Verwickelung schwer geschädigtes Ansehen einigermaßen wieder herzustellen, aber wenn England wirklich solche Absichten hatte, so durfte es das gute Einvernehmen mit Frankreich nicht vorher so gründlich untergraben, wie es gethan hat. Ueber ein kleines Mißgeschick der Franzosen in Tonkin und China oder in Madagaskar verschwiegen, welches zu seiner Kenntniß gelangte, als es an die große Glocke schlagen und die Franzosen dadurch zur Wuth reizen. Es fehlt nicht an Gründen, welche eine Beilegung des französisch-chinesischen Streitfalls durch Vermittelung einer dritten Macht wünschenswerth erscheinen lassen, das Bombardement von Vertragshäfen wie Keelung und Foutschou ist nicht nach dem Geschmack der Handel treibenden Nationen, welche mit China in Geschäftsverbindung stehen. Nicht nur die Engländer haben den Krieg in China bitter empfunden, auch deutsche Kaufleute haben bereits ihrem Unmuth und ihren Besorgnissen wegen der Zukunft Ausdruck gegeben. Die Handelskammern von Bremen und Hamburg haben sich Beschwerde führend an den Reichskanzler gewandt und gebeten, daß er seinen Einfluß gebrauchen möge, um weitere Schädigungen des deutschen Handels in China zu verhindern. Das Verhältniß Deutschlands zu Frankreich wird in neuester Zeit stets als ein vortreffliches bezeichnet, das kann aber nicht abhalten, gerechte Beschwerden wenn auch in höflicher Form zur Sprache zu bringen. Das wird also vermuthlich auch geschehen sein und Baron Courcel wird bei allen Verbindlichkeiten, welche in Varzin zwischen ihm und dem Reichskanzler gewechselt worden sind, doch auch von den Wünschen der Bremer und Hamburger Kaufleute in Kenntniß gesetzt worden sein. Das würde ein Anknüpfungspunct für Vermittelungsversuche Deutschlands im französisch-chinesischen Streitfall gewesen sein und es ist sehr wahrscheinlich, daß die französische Regierung selbst die guten Dienste der deutschen Regierung in dieser Angelegenheit nachgesucht hat. Darüber mögen leise Andeutungen in die Oeffentlichkeit gedrungen sein, und da dabei der Name des Reichskanzlers genannt worden ist, so mag daraus das Gerücht entstanden sein, daß Ferry persönlich mit dem Fürsten Bismarck verhandelt hat, während diese Verhandlungen doch ohne Zweifel nur durch den Baron von Courcel geführt werden sind.

Der Kriegsminister und der Marineminister Frankreichs sollen in dem Ministerrathe vom 13. September die Kriegserklärung an China verlangt haben, aber damit einverstanden sein, daß die Entscheidung über diese wichtige Frage bis zum 23. September verschoben werde, weil bis dahin eine rasche Wendung eintreten könne. Worin diese Wendung bestehen könne, wird nicht einmal angedeutet, aber aus verschiedenen Anzeichen ist zu entnehmen, daß die französische Regierung ihre Blicke gleichzeitig nach Skierniewice und nach den ostchinesischen Gewässern gerichtet hält. Courbet hat sicher ein größeres Unternehmen gegen China im Sinne. Darauf deutet die Meldung hin, daß er seine Verproviantirung vollendet habe und nur auf Verstärkungen wartet. Nun sind aber vom 14. September von Haiphong und Saigon 12 Compagnien Marineinfanterie abgesandt worden, welche die Flottenmannschaften Courbet's verstärken sollen und der Hauptschlag ist für den 23. September in Aussicht genommen. Bis dahin sind aber auch die Ergebnisse der Zusammenkunft in Skierniewice so weit formulirt, daß sie als Grundlage weiterer Abmachungen, auch mit Frankreich dienen können und diese würden auf eine Vermittelung in diesem Streite hinauslaufen.

China wird demnächst einen neuen Vertreter an Stelle Li-Feng-Pao's nach Europa senden und nach dessen Ankunft wird auch eine Wendung in dem Streit mit Frankreich erwartet. China hat ein nahe liegendes Interesse, es nicht mit den europäischen Mächten zu verderben, deshalb ist ihm die Plünderung des Fremdenviertels durch chinesische Soldaten in Foutschou gewiß sehr peinlich. Man macht aus der Sache überhaupt nicht viel Aufhebens und so ist denn auch die Möglichkeit vorhanden, daß sie alsbald wieder in Vergessenheit geräth. England wird wohl nicht unterlassen haben, der chinesischen Regierung darüber derb seine Meinung zu sagen und das kann unter den obwaltenden Umständen auch gar nichts schaden. Die Wirkung dieser Vorstellungen tritt auf einem anderen Puncte zur Erscheinung: wie die „Pall Mall Gazette“ erfährt, hätte die französische Regierung ihre Absicht, den Canal des Woosung-Flusses bei Shangai zu sperren dahin modificirt, daß sie zu dieser Maßregel nur im Falle eines französischen Angriffs schreiten würde. Die Fremdencolonie in Shangai hat diesen Act der Mäßigung durch eine Kundgebung beantwortet, welche der chinesischen Regierung gewiß nicht unwillkommen sein wird; die europäischen Bewohner Shangais haben gegen die Verlängerung handelsschädigender Feindseligkeiten zwischen Frankreich und China Widerspruch erhoben und die betreffenden Regierungen aufgefordert, eine Vermittelung herbeizuführen. Ob man es hier mit einer freiwilligen Willensäußerung der Fremden in Shangai zu thun hat, oder ob diese Kundgebung auf bestimmte Einwirkungen von irgend einer Seite, also etwa Englands oder Deutschlands, zurückzuführen ist, läßt sich von hier aus nicht beurtheilen, aber so viel scheint festzustehen, daß der chinesische Kriegseifer nicht mehr den Wärmegrad hat, den er zur Zeit des Bombardements von Foutschou aufwies. Die Chinesen sind vorwiegend eine handeltreibende Nation und die Schädigung ihrer Handelsinteressen wird von ihnen bitterer empfunden, als andere vorübergehende Unannehmlichkeiten; was die fremden Kaufleute in den Vertragshäfen in Aufregung versetzt, läßt auch die Chinesen nicht kalt, und so könnte es leicht kommen, daß der Eigennutz über den Fremdenhaß der Chinesen den Sieg davon trägt. Das dürfte aber nicht so schnell geschehen, wie man sich das in Paris vorzustellen scheint, denn vorläufig hat die Kriegspartei im Tsung-Li-Yamen noch das Heft in Händen.

Von entscheidender Wichtigkeit für den weiteren Verlauf des Krieges werden voraussichtlich die Ereignisse sein, welche sich in Tonkin abspielen. Dort ist nach den letzten Nachrichten Alles ruhig, doch würde es unrichtig sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß diese Ruhe noch auf längere Zeit hinaus verbürgt wäre. Die großen Truppenansammlungen, welche die chinesische Kriegsleitung in Tonkin veranlaßt hat, werden früher oder später die dortige Ruhe stören, wenn nicht ein plötzlicher Friedensschluß einen Riegel vorschiebt. Die französische Regierung scheint darauf mit Sicherheit zu hoffen, aber sie befand sich auch in dem Wahn, daß der Friede von Tientsin das Ende der Feindseligkeiten bringen werde. Die Chinesen sind hinterlistig und launenhaft; sie werden es vermeiden, das Leben zahlreicher Soldaten aufs Spiel zu setzen, aber wenn sie Gelegenheit haben, ohne große eigene Verluste den Franzosen Schaden zuzufügen, so werden sie davon denselben Gebrauch machen wie bei Langson. Der Telegraph kann uns darüber nicht lange im Unklaren lassen, ob der Friedensschluß nahe ist oder ob die Chinesen in ihrem Kriegseifer beharren.

Leipzig, 18. September 1884.

* Der Abg. Adolf Wagner hat in einer in Spandau gehaltenen Wahlrede Grundsätze über die Wahltaktik der conservativen Partei aufgestellt, die sich wesentlich und vortheilhaft von der Meinung der extrem-conservativen Parteipresse, namentlich der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“, unterscheiden. Herr Professor Wagner hat erklärt, das Ziel der Conservativen müsse es sein, der Regierung eine große rechte Partei zu schaffen, diese werde aber freilich nicht aus lauter conservativen Elementen bestehen können, sie könne nur aus den Conservativen, den Freiconservativen und den Nationalliberalen gebildet werden. Wenn dann auch das Centrum mitgehen wolle, um so besser, aber der jetzige Zustand, wo das Centrum oder besser gesagt, Windthorst den Ausschlag giebt, sei unerträglich. In dieser Richtung müsse bei den Wahlen gearbeitet werden und insbesondere müßten die Conservativen im Westen die Nationalliberalen unterstützen. Wir freuen uns dieser verständigen Darlegungen, fürchten aber, daß bei den extrem-conservativen Schwärmern für die conservativ-clericale Mehrheit auch diese Stimme aus dem eigenen Parteilager nicht die gebührende Beachtung finden wird. In den genannten beiden Blättern des Rückschrittes wird Tag für Tag Alles mühsam zusammengetragen, was die Verständigung zwischen Conservativen und Nationalliberalen erschweren und stören könnte. In den Kreisen, deren Anschauungen jene Blätter widerspiegeln, ist die Bundesgenossenschaft mit den Ultramontanen so sehr zum Dogma geworden, die Gefährlichkeit der Stellung dieser Partei in unserem parlamentarischen und politischen Leben ist noch so wenig zum Bewußtsein gekommen, für die Unwürdigkeit des Buhlens um die Gunst des Herrn Windthorst herrscht so wenig Gefühl, daß die gemäßigt liberale Richtung beinahe mit noch feindseligeren Augen betrachtet wird als die deutschfreisinnige, weil jene, nicht aber diese das Centrum aus seiner Machtstellung zu verdrängen Gefahr droht. Die besonneneren Politiker der Rechten könnten sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie dieser leider noch sehr mächtigen Strömung im conservativen Lager Herr zu werden suchten. Hinsichtlich der Reihenfolge der zu bekämpfenden Gegner, erst „Freisinn“, dann „Socialdemokraten“, zuletzt „Centrum“, sind wir freilich mit Herrn Wagner nicht einverstanden.

* Auch die Centrumspartei veröffentlicht jetzt ihren Wahlaufruf, ein ungemein langes und phrasenreiches Schriftstück, auf dessen Versprechungen und Aufforderungen im Einzelnen einzugehen kaum der Mühe lohnt. Bemerkenswerth ist in erster Linie, daß das Centrum es für gut findet, seine oppositionelle, „echtfreisinnige“ Seite herauszukehren. Das Centrum will danach jeden Angriff auf die bürgerliche Freiheit und die Gerechtsame der Volksvertretung aufs Energischste abwehren, es will keine Vermehrung der Steuern, sondern deren gerechtere Vertheilung und thunlichste Verminderung, es will die Ausgaben im Reich, namentlich beim Heerwesen, einschränken, es will nach Ablauf des Militairseptennats die Rücksicht auf die Steuerkraft des Volkes und das Budgetrecht des Reichstags zur vollen Geltung bringen u. s. w. Wie man sieht, übt sich das Centrum bereits wieder die Rolle der Opposition ein. In schärfster Weise wird auch hervorgehoben, daß der „Culturkampf“ noch nicht beendet sei und daß seine Versumpfung das Leben des deutschen Volkes unheilvoller vergiften würde, als seine Fortführung in vollster Rücksichtslosigkeit. Wenn der Aufruf an frühere Manifeste bis zum Jahre 1876 anknüpft und meint, es sei inzwischen nichts eingetreten, was eine Aenderung der Haltung des Centrums rechtfertigen könnte, so schlägt diese Behauptung doch offenkundigen Thatsachen ins Gesicht.

* In Bromberg hat eine nationalliberale Vertrauensmännerversammlung die Aufstellung eines gemäßigt liberalen Candidaten beschlossen; über die Persönlichkeit sind die Verhandlungen noch in der Schwebe. In der Debatte wurde von allen Seiten hervorgehoben, daß infolge des Socialistengesetzes, der Socialreform und der Dampfervorlage ein großer Umschwung in der Gesinnung der ganzen liberalen Bromberger Wählerschaft sich vollzogen habe und nur ein gemäßigt Liberaler Aussichten habe, durchzukommen; auch viele gemäßigte Conservative hätten versprochen, bei Aufstellung eines nationalliberalen Candidaten für diesen zu stimmen. Die deutschfreisinnige Partei scheint trotz der geringen Aussichten auf Erfolg an dem bisherigen Vertreter, Herrn Hempel, festhalten zu wollen.

* Herr Eugen Richter gerirt sich in der That immer mehr als Dictator der Deutschfreisinnigen. Ein Pröbchen des von ihm ausgeübten Terrorismus giebt eine Berliner Correspondenz der „Kölnischen Zeitung“, aus der wir folgende Stelle mittheilen:

Ein Fortschrittler aus den östlichen Provinzen, der sein Mandat später in ganz eigenthümlicher Weise verlor, war 1881 mit der sonderbaren Idee ins Parlament gekommen, er dürfe in den Fractionssitzungen frei und ungehindert seine Meinung sagen. Das ließ sich denn der Unglückliche auch eines Tages beikommen in einer Frage, in welcher die Ansichten des Fractionsgewaltigen mit denen anderer Führer auseinander gingen. Es war überhaupt das erste Mal, daß er in der Fraction den Mund aufthat — um so vorsichtiger hätte er sein müssen und um so weniger durfte er sich verführen lassen, ein Wort gegen die Meinung Richter's zu sagen. Das aber that der beklagenswerthe Mann. Der Chef beschloß deshalb in Anbetracht der Schwere des Vergehens, sofort vor versammeltem Kriegsvolke die Hinrichtung des Unglücklichen zu vollziehen, „ihme selber zur Straf, den andern aber zum abschreckenden Exempel“, wie es in Carolí quinti peinlicher Halsordnung heißt. Nachdem er in seiner Weise den übrigen Gegnern geantwortet hatte, wandte er sich zu dem Schuldigen, der als neu eingetretenes Mitglied gewagt hatte, sich gegen ihn aufzulehnen. „Was wollen Sie denn eigentlich? herrschte er ihn an. Wenn ich dergleichen von Ihnen erwartet hätte, würde es mir wahrhaftig nicht eingefallen sein, so viel Geld für Ihre Wahl auszugeben. Das nächste Mal werde ich klüger sein. Wenn ich blase, sind Sie ja ohne Weiteres von der Bildfläche verschwunden!“ Sprachs — und als es zur Abstimmung kam, stimmte der brave, nunmehr eines Besseren belehrte biedere Volksvertreter aus der Provinz für seinen milden väterlichen Fractionspapst! Denn der deutschfreisinnige Wahlfonds ist groß, und wer über ihn verfügt, der vergiebt die fortschrittlichen Mandate und auch die — Diäten.

Diese wahrhaft „freisinnige“ Redethat des neufortschrittlichen Staatsmannes läßt erkennen, daß Herr Eugen Richter seine politischen Freunde nur für Marionetten in seiner Hand hält.

* Der Kampf gegen das Deutschthum wird von den fanatisirten Leitern der nationalpolnischen Propaganda in den östlichen Grenzmarken des Reiches mit unermüdlicher Ausdauer und proteusartiger Vielseitigkeit geführt. Den vornehmsten Tummelplatz der agitatorischen Bestrebungen bildet, wie schon oft genug betont worden, das Gebiet der Volksschule und was mit dieser in engerem oder weiterem Zusammenhange steht. Dazu wird von den Feinden des Deutschthums in der Provinz Posen unter Anderem auch der daselbst seit nunmehr 38 Jahren die segensreichste Wirksamkeit entfaltende, mehr als 2900 Angehörige beider Nationalitäten umfassende „Lehrer-Sterbecassenverein des Großherzogthums Posen“ gerechnet. Ziel der nationalpolnischen Propaganda ist es nun, auch diesen Verein, wie es bei anderen Vereinen in Posen geschehen, gänzlich in polnische Hände zu bringen. Wenn die Polen ihren Zweck erreichen, so ist damit der segensreich wirkende, von Deutschen begründete Verein ruinirt. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben deutsche Mitglieder der Stadt Posen einen Aufruf an ihre Vereinsgenossen in der Provinz gerichtet, welcher constatirt, daß polnischerseits ein sachlich ganz bedeutungsloser Formmangel als Handhabe benutzt worden ist, die Beschlüsse der vorjährigen Generalversammlung des Vereins von der vorgesetzten Behörde für ungiltig erklären zu lassen, in Wahrheit aber nur, weil dieselben von einer den polnischen Hetzern mißliebigen deutschen Majorität gefaßt wurden. Jene Beschlüsse, welche nach einer mehrjährigen Revisionsarbeit dem Vereine eine feste geschäftliche Basis verliehen haben, gilt es, gegen den Ansturm der Polen endgiltig sicher zu stellen, denn zweifellos wird es sich in der Generalversammlung am 7. October d. J. entscheiden, ob der „Lehrer-Sterbecassenverein“ auch für die Zukunft unter der bisherigen bewährten